

8. IV. 1917

Die Finanzen der Stadt Wien.

Aus Gemeinderatskreisen wird uns mitgeteilt: In diesen Tagen sind die Rechnungsabschlüsse der beiden Großunternehmungen der Stadt Wien, Elektrizitäts- und Gaswerke veröffentlicht worden, die in den letzten Jahren steigende Gewinne aufwiesen, insgesamt seit ihrer Gründung 110 Millionen Kronen nach Tilgung der Anleihequoten rein an die Stassen der Stadt Wien abführten, so daß die Gemeinde als eine der ganz wenigen Großgemeinden eine Umlagen-erhöhung noch immer vermeiden konnte. Die Elektrizitätswerke warfen im Verwaltungsberichts-jahr 1915/16 um zehn Prozent mehr ab als im Vorjahre, die Gaswerke wiesen einen Reingewinn in ungefähr gleicher Höhe auf wie im Vorjahr. Auf den ersten Blick erscheinen die Rechnungsabschlüsse der Elektrizitäts- und Gaswerke ungemein erfreulich, in Friedenszeiten hätten sie im Vereine mit dem Ertrag der anderen städtischen Betriebe, die ja alle, mit Ausnahme der Stellwagenunternehmung, aktiv sind, den Finanzminister im Rathaus von den Sorgen befreit. Heute stehen die Dinge anders: Die Ausgaben der Stadtverwaltung sind vielfach gestiegen, die Kriegsfolgen belasten den Stadtsäckel immer mehr; die sanitären Vorkehrungen, welche die Seuchenbekämpfung erfordert, beanspruchen große Summen, die Teuerungszulagen für Beamte und Arbeiter bedeuten bei 42.000 Personen in städtischen Diensten jährlich einige Millionen, Tausende von Aushilfskräften müssen im Gemeindebedienst beschäftigt werden. Das Lebensmittelgeschäft der Gemeinde Wien, das nun einen Umsatz von über dreihundert Millionen aufweist, arbeitet oft mit Verlusten, die im Interesse der armen Schichten der Bevölkerung gebracht werden, und dann — die allgemeine Teuerung!

Zu diesen Kriegskosten sind in der jüngsten Zeit noch neue gekommen, die für den Gemeindehaushalt um so drückender werden, als die Teuerungszulagen für Beamte und Arbeiter noch nicht bedeckt sind. Die neuen Steuergesetze, die Zuschläge zur Erwerbsteuer, die Sanitätszuschläge und die 33prozentige Erhöhung der Frachttarife bedeuten für die Gemeinde Wien, deren Gaswerke beispielsweise jährlich 12.000 Waggons Kohle beziehen, allein eine jährliche Mehrbelastung von 4 bis 5 Millionen Kronen.

Da nun die Gemeindebevölkerung schon im letzten Jahre einen Abgang von zwei Millionen Kronen aufwies, wird sich das Defizit vergrößern. Es wird in erträglichen Grenzen bleiben und mit jenem von Budapest — 37 Millionen Kronen — nicht zu vergleichen sein. Der Wiener Gemeinderat wird aber heuer die Frage zu lösen haben, wie das Gleichgewicht im Stadthaushalte herzustellen ist, und er wird voraussicht-

lich bei den städtischen Großbetrieben, Gas- und Elektrizitätswerke, eine Erhöhung der Tarife, unter Berücksichtigung des Mittelstandes und der ärmeren Schichten selbstredend, vornehmen und auf den Straßenbahnen die Einführung des Einheits-tarifses erwägen. Im Falle der Verwirklichung dieser Pläne wird eine Umlagen-erhöhung weiterhin erspart bleiben.